

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 1–2010

## **LATEINAMERIKANISCHE KRÄFTEVERHÄLTNISSE IM WANDEL**

Schwerpunktredaktion: Stefan Pimmer

mandelbaum *edition südwind*

## Inhaltsverzeichnis

- 4        STEFAN PIMMER  
Editorial: Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel
- 12       STEFAN PIMMER  
Neun Jahre PAN-Regierung in Mexiko: Von der passiven  
Revolution zur Krise der Hegemonie
- 42       LUCIO OLIVER  
Schattierungen einer progressiven Regierung:  
Der erweiterte Staat in Brasilien
- 72       TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA  
Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines  
national-popularen Projekts in Bolivien
- 101      DIANA GUILLÉN  
Auf dem Weg zu einem alternativen Staats- und Gesellschafts-  
projekt? Überlegungen zur jüngsten Vergangenheit Ekuadors
- 130      Mónica del Carmen Cerón Díaz  
Die Transformation der Kräfteverhältnisse in El Salvador:  
Vom Ende des Bürgerkriegs zum Triumph der FMLN
- 153      Rezensionen
- 159      SchwerpunktredakteruInnen und AutorInnen
- 162      Impressum

TATIANA PÉREZ RAMÍREZ, JAIME ORTEGA REYNA

## **Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines national-popularen Projekts in Bolivien**

### **1. Einleitung**

Der Beginn des 21. Jahrhunderts leitete eine neue Epoche in der Geschichte Boliviens ein, geprägt durch Mobilisierungen und Erhebungen unterschiedlichster Art. Der „Wasserkrieg“ (*guerra del agua*) des Jahres 2000, der „Gaskrieg“ (*guerra del gas*) im Jahr 2003 und die Aufstände von 2005 stehen beispielhaft für eine neue Form der Politik. Sie zielt auf den Sturz der alten Eliten, konnte zwei Präsidenten aus dem Amt vertreiben und führte schließlich zur Herausbildung einer neuen politischen Herrschaft, die sich wesentlich von den vorangegangenen Regierungen unterscheidet. Dieser Transformationsprozess ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen, da tiefe Konflikte weiterhin das Land spalten. Sowohl die politischen Prozesse selbst als auch ihre AkteurInnen in der Regierung und in der Opposition befinden sich in einem fortwährenden Umbruch. Dennoch haben sich die Kräfteverhältnisse im Land schon jetzt bedeutend verschoben. Bester Beweis dafür ist Präsident Evo Morales, der aus den Wahlen am 18. Dezember 2005 mit einer Mehrheit von 53,7 Prozent siegreich hervorging. Es ist das erste Mal in der Geschichte Boliviens, dass ein Indigener das höchste Regierungsamt einnimmt, in einem Land, in dem mehr als 60 Prozent der Bevölkerung einem der verschiedenen indigenen Völker angehören.

Der Wahlsieg des Gewerkschaftsführers der KokabäuerInnen ist auf viele Gründe zurückzuführen, von denen einige mit den Protesten zu Beginn des 21. Jahrhunderts zusammenhängen. Ohne die Teilnahme an den Aufständen seitens einer großen Bandbreite an sozialen Organisationen, Gewerkschaften, der ländlichen und bäuerlichen Bevölkerung und der ArbeiterInnenschaft aus dem Bergbau – alle zu einem Großteil indi-

gener Herkunft – ist der Wahlerfolg der Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) nicht zu erklären. Vor allem im Jahr 2005 war diese Beteiligung von zentraler Bedeutung, etwa bei den Debatten um die Verstaatlichung<sup>1</sup> der Erdgas- und Erdölvorkommen, bei der Besetzung der Hauptstadt La Paz und der Einkesselung des Regierungssitzes und des Nationalkongresses, wie auch in Bezug auf die Rücktrittsforderungen an Präsident Carlos Mesa und die Ausrufung von Neuwahlen.

Ziel dieses Textes ist es, diesen Transformationsprozessen auf den Grund zu gehen. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass in den aktuellen Mobilisierungen eine Neuausrichtung und Neuzusammensetzung eines „national-popularen Projekts“ vorzufinden ist, wie es vom bolivianischen Intellektuellen René Zavaleta Mercado in Anlehnung an Antonio Gramsci konzipiert wurde. Zavaleta verweist damit auf die Aneignung des „Nationalen“ durch das „Volk“ (*pueblo*), also die subalternen gesellschaftlichen AkteurInnen. Dieser Prozess charakterisiert sich durch eine Transformation der Staatsform zusammen mit einer sozialen Demokratisierung, in der die Volksmassen eine Selbstbestimmung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen einfordern. Um diese Hypothese zu untermauern, ist es an erster Stelle notwendig, näher auf die zentralen Konzepte und Kategorien Zavaletas einzugehen. Auf Basis dieser Einführung in eine der interessantesten Interpretationen der bolivianischen Realität untersuchen wir in einem zweiten Schritt den Verlauf der politischen Transformationsprozesse, die im Wahlsieg von Evo Morales gipfelten.

## **2. Bolivien aus der Sicht von René Zavaleta Mercado**

René Zavaleta Mercado ist ohne Zweifel einer der bedeutendsten bolivianischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Die von ihm definierten Konzepte des „National-popularen“, der „desartikulierten Gesellschaft“ (*sociedad abigarrada*)<sup>2</sup> und des „Überschusses“ (*excedente*) – prägen bis heute die Interpretationen der sozialen Realität des Landes. Diese drei Konzepte sind jedoch nur im Zusammenhang mit anderen Begriffen, wie jenen der nationalen Krise, einer katastrophalen Patt-Situation oder der intellektuellen Reform, zu verstehen, auf die wir noch eingehen werden. Für den vorliegenden Beitrag haben wir uns jedoch dazu entschieden, hauptsäch-

lich auf die erstgenannten Konzepte Bezug zu nehmen, da sie dazu beitragen können, die politischen Prozesse des Landes bis in unsere Tage zu verstehen.

Das Werk Zavaletas steht in engem Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit. Zavaleta kam 1937 in Oruro zur Welt, einer typisch proletarischen, durch den Bergbau geprägten Stadt im Westen Boliviens. Er studierte Jura, schrieb Gedichte und war als Journalist Chefredakteur der Zeitung *La Nación* wie auch Korrespondent der wichtigen Wochenzeitung *Marcha*, die in Montevideo erschien. Bereits in seiner Jugend engagierte er sich in der National-Revolutionären Bewegung (Movimiento Nacional Revolucionario, MNR), die nach dem Aufstand der Bergarbeiter am 9. April 1952 die Macht übernahm. Seit diesem Ereignis waren sein Leben und seine wissenschaftliche Tätigkeit eng mit der politischen Zukunft Boliviens verknüpft: Zavaleta arbeitete als Diplomat und Abgeordneter zum Parlament, von 1960 bis 1964 war er zudem Minister für Bergbau. 1964 ging er aufgrund des Staatsstreichs ins Exil. Er war an der Gründung der Bewegung der Revolutionären Linken (Movimiento de Izquierda Revolucionaria, MIR) beteiligt, auch wenn er sich rasch von ihr distanzierte. Bis zu seinem Tod widmete er sich schließlich voll und ganz der Kommunistischen Partei Boliviens (vgl. Miranda Pacheco 2006: 65-67). Zavaleta hielt sich zwischen 1971 und 1973 im von Salvador Allende regierten Chile auf, wo er zunächst im Planungsbüro des Präsidenten und später im renommierten Forschungszentrum der Nationalen Realität (Centro de Estudios de la Realidad Nacional, CEREN) arbeitete. Wie viele andere zwang ihn der Staatsstreich von Augusto Pinochet dazu, das Land in Richtung Mexiko zu verlassen. Dort fand er vor allem im akademischen Leben breite Anerkennung, unter anderem als erster Direktor der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, FLACSO) im Jahr 1976. Auch seine Arbeit an der ökonomischen und politikwissenschaftlichen Fakultät der Universidad Nacional Autónoma de México ist vielen seiner zahlreichen StudentInnen in guter Erinnerung geblieben (Concheiro Bórquez 2006: 181). All diese Erfahrungen ermöglichten es Zavaleta, die Realität seines Landes tiefgründig kennen zu lernen und zu analysieren, immer vor dem Hintergrund seiner soliden intellektuellen Ausbildung.

Zavaleta reflektiert über die Geschichte Boliviens stets unter Berücksichtigung der besonderen Art und Weise, in der sich kapitalistische Produk-

tions- und Reproduktionsprozesse in ihr vollziehen. Mit seinem Begriff der „zergliederten Gesellschaft“ (*sociedad abigarrada*) verweist er nicht auf einen angeblichen wirtschaftlichen oder kulturellen Rückstand, sondern auf die Diversität gleichzeitig existierender sozialer Formen in einem einzigen nationalen Raum, der sich beständig als fragmentiert darstellt. Unter *abigarrado* (buntscheckig) versteht Zavaleta eine Gesellschaft, in der gleichzeitig unterschiedliche historische Phasen und Produktionsweisen und unterschiedliche Beziehungsformen zwischen den gesellschaftlichen AkteurInnen und der Natur existieren. Zusammengefasst handelt es sich um die Art und Weise, ein Land zu verstehen, das manchmal wie das Ergebnis einer Vielzahl von übereinander gestapelten und völlig zergliederten Schichten und Teilen erscheint. Diese Zusammensetzung ist das Resultat eines komplexen Prozesses, in welchem Trennung und Verschmelzung gleichzeitig stattfinden. Die zergliederte Gesellschaft umfasst eine Menge an sozialen Subjekten, die nur in einem spezifischen Moment aufeinandertreffen und sich artikulieren: in der nationalen politischen Krise.

Zavaleta, der sich intensiv mit den Schriften Antonio Gramscis auseinandergesetzt hat, versteht die Krise nicht als eine wirtschaftliche Katastrophe, sondern vielmehr als gesellschaftliches Totalisierungsmoment. Erst die nationale Krise ist es, die einen Einblick in die unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Formen eines Landes ermöglicht und sie als Teile einer gesellschaftlichen Einheit begreifen lässt. Die Krise zeigt nicht nur den nationalen Charakter einer zergliederten Gesellschaft auf, sondern ist gleichzeitig ein Ereignis, das die nationale Identität festigt, indem es den zergliederten Teilen ihre Einheit als Nation bewusst werden lässt. Die nationale Krise stellt somit die Form dar, in der sich die verschiedenen Zeiten in einem bestimmten Raum orten lassen, wo gleichsam das Raum-Zeit-Gefüge eins wird. Um es mit den Worten von Luis Antezana auszudrücken: „Alles scheint darauf hinzuweisen, dass die Untersuchung oder das Verständnis dieser lokalen Geschichten der Diversität nur Dank der Krisen möglich sind, als ob diese Krisen also die korrekteste Perspektive ermöglichten, um (erst dann) den objektiven Prozess der einzelnen Teile einer zergliederten Gesellschaft wieder zu erkennen“ (Antezana 1993: 269). Die Verbindung zwischen nationaler Krise und zergliederten Gesellschaft verläuft laut Zavaleta über die Politik, verstanden als Moment der sozialen Mobilisierung. Das National-populäre muss als geschichtlicher Prozess der langen Dauer

verstanden werden, in dem sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem nach Erweiterung seines Selbstbestimmungshorizontes strebenden Subjekts und den Operationsmodi des Staates feststellen lässt; oder, um es mit Gramsci auszudrücken, die Beziehung zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft, dem erweiterten Staat.

Luis Tapia macht auf einen weiteren Aspekt des National-popularen aufmerksam: „Die Idee des National-popularen stellt die Art und Weise dar, wie er [Zavaleta] die Analyse und Erklärung der Geschichte Boliviens ausgehend von der proletarischen Zentralität<sup>3</sup> in Angriff nimmt, aber auf der Grundlage eines erweiterten Horizonts, den das proletarische Subjekt im Lauf der Totalisierungsprozesse in der Geschichte des Landes erworben hat“ (Tapia 2002: 345). Insofern bezieht sich das Konzept des National-popularen auf zwei Analyseniveaus. Auf der einen Seite ermöglicht es eine Interpretation der modernen Geschichte Boliviens, zum anderen lassen sich damit die gegenwärtigen Ausprägungsformen des erweiterten Staates erklären. Der Begriff des National-popularen ist eine Methode zum Verständnis der Geschichte und gleichzeitig ein Konzept, mit dem die politische Entwicklung des Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erklärt werden kann.

Zavaleta erprobt eine Lesart der bolivianischen Geschichte, die vom 19. Jahrhundert ausgeht. Obwohl ihn sein Tod von der Vollendung seines Werks abhielt, wissen wir, dass seiner Ansicht nach das zentrale Moment die Revolution im Jahr 1952 darstellt: „In gewisser Hinsicht ist die nachfolgende Entwicklung Boliviens nur die Entfaltung der Charakteristika der Krise von 1952“ (Zavaleta Mercado 2008: 10). Für Zavaleta ist an diesem Prozess ausschlaggebend, dass er erstmals die Möglichkeit einer katastrophalen Patt-Situation zwischen den herrschenden und beherrschten Gruppen und Klassen beinhaltet, die sich in der direkten Konfrontation zwischen deren gegensätzlichen Weltanschauungen ausdrückt. Die Patt-Situation entsteht dadurch, dass nun auch die subalternen Kräfte in der Lage sind, wichtige Gesellschaftssektoren zu mobilisieren (vgl. García Linera 2008: 30): eine bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte Gegebenheit in der Geschichte Boliviens. Im Hinblick auf das katastrophale Patt, aus dem ein neuer Staat entstehen würde, erinnert Zavaleta zudem daran, dass die wesentliche Auswirkung dieser Periode in der politischen Präsenz der Volksmassen und in ihrer Organisation bestand (vgl. Zavaleta Mercado 1977: 105). Dies ist wahrschein-

lich der zentrale Punkt eines national-popularen Projekts: die Möglichkeit, dass der Staat nicht mehr die alten oligarchischen Strukturen verkörpert, sondern das Ergebnis einer besonderen Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse ist, die vorstoßen, zurückweichen und ständig im Widerstreit stehen.

Bis hierher wurde ein Aspekt der Definition des National-popularen behandelt: die soziale Demokratisierung, verstanden als Prozess, der auf eine erweiterte Partizipation der beherrschten Subjekte abzielt. Die Staatsform ist jedoch ein weiteres Element, mit dem sich Zavaleta auseinandergesetzt hat. Grundsätzlich ging er von der Unmöglichkeit einer „allgemeinen Theorie des Staates“ aus, da diese im jeweiligen Fall in die Geschichte des spezifischen Landes eingebettet sei. In diesem Punkt fasst er zwei Diskussionen zusammen: einerseits die Geschichte der Entstehung und Konsolidierung der verschiedenen Staaten, andererseits jene der kapitalistischen Entwicklung: „Auf der anderen Seite ist der Kapitalismus selbst die Geschichte der Entstehung seines Staates oder, in anderen Worten, die Geschichte des kapitalistischen Staates ist die Produktion, Verteilung und Anwendung des Überschusses“ (Zavaleta Mercado 2008: 39).

Der Kapitalismus stellt für Zavaleta ein Regulierungsmodell dar, das auf tendenziellen Gesetzmäßigkeiten und der daraus hervorgehenden sozialen Homogenität beruht. Demgegenüber reflektiert die Diversität der staatlichen Formen die soziale Heterogenität. Der Überschuss ist nun jenes Element, das beide Momente verbindet: die Eingliederung in den Weltmarkt und die Aneignung und Nutzung des Überschusses seitens der dominanten Subjekte, die darauf ihre Herrschaft gründen. Zavaleta zufolge existiert in Lateinamerika das Vorurteil, dass eine Veränderung und sozialer Wohlstand nur über die Produktion von Überschuss möglich sei. In diesem Sinn „ist Amerika ein konservativer Kontinent, der eher an die Transformation mittels der Produktion von Überschuss glaubt als an eine Veränderung durch eine intellektuelle Reform“ (ebd.: 36).

Der Überschuss, also der auf dem Markt zirkulierende Wert, kann in „wirtschaftlicher“ Hinsicht als der Reichtum verstanden werden, über den eine Nation verfügt, um sich als selbstreferenzielles System zu konstituieren. Es genügt jedoch nicht, über Reichtum zu verfügen. Man muss diesen auch zu nutzen und zu erweitern wissen. Was Zavaleta damit zur Diskussion stellt, ist die Tatsache, dass der Streit um den Überschuss, also die Auseinandersetzung um den Werttransfer von der kolonisierten Peripherie ins kolo-

niale Zentrum, notwendigerweise auf den Prozess der Konstituierung des Staates verweist, vor allem aber auf die radikalen Unterschiede zwischen den Staaten des kapitalistischen Zentrums (mit den Voraussetzungen für eine stabile repräsentative Demokratie) und jenen der Peripherie (die auf oligarchischen, patrimonialen und offen repressiven Strukturen basieren). Warum gibt es in einer Region wie Lateinamerika, die sich durch eine frühzeitige und markante Einbindung in den Weltmarkt auszeichnet, keine starken und autonomen Staaten, die als tatsächliche Mittler agieren? Zavaleta dazu: „Der Überschuss ist bedingt durch das, was Marx über den Wert sagte: ein *historisch-moralisches* Maß“ (ebd.: 41, Hervorhebung im Original).

An diesem Punkt gelangen wir zu jenem Weg, den Zavaleta hinsichtlich gesellschaftlicher Transformation selbst bevorzugte: der intellektuellen Reform. Er versteht darunter „den Austausch und die Ersetzung von Loyalitäten, Überzeugungen und Prinzipien“ (ebd.: 35). Diese historisch-moralische Veränderung kann nur im Bereich der Politik geschehen, also in den Willensbildungsprozessen im Inneren der Nation.

Zavaleta betrachtet die Politik immer aus einer geschichtlichen Perspektive und nimmt dabei in den Blick, dass die Nutzung des Überschusses im 19. Jahrhundert durch ein koloniales Macht- und Gesellschaftsverständnis konditioniert wurde (vgl. Gandarilla 2006: 40f). Diese Situation umzukehren impliziert allerdings nicht, die Bedeutung des Überschusses zu verkennen, sondern die intellektuelle und moralische Reform der Gesellschaft für dessen Nutzung in den Vordergrund zu stellen. Oder, um es mit Marx auszudrücken, die historisch-moralischen Elemente der Gesellschaft zu betonen. Diese können die Form einer „moralischen Ökonomie“ annehmen – so wie es Edward P. Thompson zu sagen pflegte – oder sich laut Zavaleta mit einer „Akkumulation im Schoss der Klasse“ (Zavaleta Mercado 1988: 8) verbinden. In beiden Fällen wird allerdings auf das gleiche Bezug genommen: Es handelt sich um Elemente, die weder subsumiert, kolonisiert, vergessen oder unterdrückt worden sind, die von den Handlungen des Subjekts ausgehen und die die kapitalistische Entwicklung in Frage stellen können. Der erste Schritt einer solchen intellektuellen Reform erfordert also einen radikalen Dekolonisierungsprozess, aber auch das Hinwirken auf ein optimales Verhältnis zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, um das Problem der nationalen Autonomie im Kontext der Weltmarkteinbindung in Angriff zu nehmen (vgl. Zavaleta Mercado 2008: 23).

### 3. Das National-populare und der Neoliberalismus

Wenn wir Zavaleta in seiner Analyse des erweiterten Staates in Bolivien folgen, die dem Konzept des National-popularen einen zentralen Stellenwert zuschreibt, ist es notwendig, das Jahr 1985 als wichtigsten politischen Bruch in den Blick zu nehmen. Ab diesem Zeitpunkt wird das national-populare Projekt, das den subalternen AkteurInnen einen zentralen Stellenwert eingeräumt hatte, von den dominanten Sektoren der bolivianischen Gesellschaft in Frage gestellt: Es sieht sich radikalen Transformationsprozessen ausgesetzt und löst sich dabei fast auf. Der Neoliberalismus war die Form, mit der die dominanten Sektoren sich dazu entschlossen, das national-populare Projekt zu Fall zu bringen. Dieser Prozess begann mit der Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik (Nueva Política Económica) und der Verkündung des Obersten Dekrets 21060 durch Präsident Victor Paz Estenssoro von der MNR und später durch das Oberste Dekret 22407 unter Jaime Paz Zamora. Ein weiterer entscheidender Moment ereignete sich unter dem vormaligen Diktator Hugo Banzer, der als Präsident im Jahr 1997 das staatliche Erdölunternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* verkaufte.

Insgesamt kann dieser Prozess in drei Punkten zusammengefasst werden:

(a) Die Transformation der wichtigsten Grundlage des Wirtschaftswachstums, das sich bis dahin auf den Bergbausektor konzentrierte, und das Ende des Binnenwachstums. Die neoliberale Reform gründete vor allem auf der Dezentralisierung der großen staatlichen Industriekonzerne und der Schließung der als obsolet eingestuften Industrien. Im Fall des Bergbaus waren schätzungsweise mehr als 25.000 Bergarbeiter und ihre Familien betroffen. Diese sahen sich dazu gezwungen, die Minen zu verlassen und auf der Suche nach einer neuen Lebensgrundlage in andere Städte abzuwandern (vgl. González Pazos 2007: 75). Auf der anderen Seite erzielte die – in ganz Lateinamerika angewandte – neoliberale Wirtschaftspolitik die erwarteten makroökonomischen Effekte, schließlich gelang es ihr doch, die Hyperinflation in den Griff zu bekommen. Dies geschah jedoch auf Kosten der Kaufkraft und damit des Konsums der Erwerbstätigen. Der Prozess, der die Inflation aufhielt, „vertiefte paradoxerweise die soziale Ungleichheit und ignorierte distributive und egalitäre Aspekte“ (Arriarán 2007: 72). Auch die staatlichen Sozialausgaben wurden stark gekürzt, vor allem in den

Bereichen Bildung und Gesundheit. Das Ergebnis dieser Maßnahmen in Bolivien glich der Entwicklung in anderen lateinamerikanischen Ländern, wie der Gini-Koeffizient zur Messung sozialer Ungleichheit aufzeigt. In Punkto Ungleichheit hat sich die Situation Boliviens in den 1990er Jahren enorm verschlechtert (vgl. Ávila 2006: 325).

(b) Die Reform der politischen Gesellschaft, die den Weg für ein auf Wahlen basierendes Regime ebnete und dabei versuchte, ein Parteiensystem mit den drei wichtigsten politischen Kräften des Landes zu konsolidieren: der MNR, der MIR und der Nationalen Demokratischen Allianz (Alianza Democrática Nacional, ADN), deren Wählerpotenzial auf die Revolution von 1952 zurückzuführen ist. Diese drei Parteien waren an der tiefen ethnischen Spaltung des Landes wesentlich beteiligt, die den „Weißen“ und der Stadt die Indigenen und das Land unterordnete, ein Beweis für die „Kolonialität der Macht“ (Quijano 2005).

(c) Die Demontage der bedeutendsten Fundamente des national-populären Projekts beinhaltete auch einen Angriff auf die subalternen Subjekte als dessen zentrale AkteurInnen, wie auch auf ihr wichtigstes Kampfinstrument. Sowohl das Proletariat aus dem Bergbau als auch *die* große Gewerkschaft, die COB (Central Obrera Boliviana), wurden dem Niedergang ausgesetzt. Die Krise der COB, Resultat systematischer Schläge gegen ihre wichtigsten AnführerInnen, verstärkte sich auch durch die Schließung großer Staatsunternehmen und den dadurch hervorgerufenen Verlust tausender Arbeitsplätze. Die Krise der wichtigsten Gewerkschaft wurde von einigen als endgültiger Niedergang der gewerkschaftlichen Bewegung angesehen (vgl. Muñoz Mata 1995: 54), als Zeichen einer „Lumpenisierung“, also einer materiellen Verarmung einhergehend mit dem Verlust klassenspezifischer Interessen (Toranzo Roca/Arrieta Abdalla 1989) oder einer Re-Proletarisierung im Kontext der kleinen Privatunternehmen (vgl. García Linera 2007b: 37). Alles in allem besteht kein Zweifel, dass dies ein heftiger Schlag gegen die wichtigste Organisation der ArbeiterInnen war. Über Jahrzehnte hinweg war diese Gewerkschaft von zentraler Bedeutung für die subalternen Subjekte, eine wahre Kampf- und Gemeinschaftsschule. Die Krise der COB bedeutete jedoch nicht, dass die Gewerkschaftsbewegung an sich verschwunden wäre. Vielmehr hat sich ein Wandel vollzogen, der sowohl eine Transformation der gewerkschaftlichen AkteurInnen als auch ihrer Aktionsformen mit einschließt. So ist nach den neoliberalen Strukturan-

passungen eine Gewerkschaftsbewegung abseits der COB entstanden, ein bis dato noch wenig untersuchtes Thema (Kruze 2001: 170-180).

#### 4. Subalterne Subjekte im 21. Jahrhundert

Neben den ökonomischen Effekten hatte der Neoliberalismus auch entscheidenden Einfluss auf die Neukonfiguration der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse, ein Phänomen, das auch räumlich zum Ausdruck kommt. Heute stehen wir vor einer neuen Geographie der Herrschaft und des Widerstands. Der Osten Boliviens, der so genannte Halbmond (*media luna*), befindet sich in der Hand oligarchischer Gruppen, die von der jüngsten Transformation des Kapitalismus profitiert haben. Dieser neuen Oligarchie mit Sitz in Santa Cruz gelang es, ihre Herrschaft regional zu konsolidieren und das neoliberale Projekt voranzutreiben.

Im Gegensatz dazu konzentriert sich der Widerstand auf den Westen des Landes, vor allem auf die neu entstandenen großen Städte mit indigener Bevölkerung und auf die Gebiete des Kokaanbaus, deren Wachstum sich im Rahmen einer systematischen Repression seitens des Staates vollzogen hat (Escárzaga 2007). Die Entstehung von Städten wie El Alto und das Wachstum der Hauptstadt La Paz, aber auch die Organisation der bäuerlichen Bevölkerung in El Chapare oder Yungas sind die bekanntesten Fälle dieser geographischen Transformation der Herrschaft und des Widerstands. Ausgehend von dieser räumlichen Neuordnung Boliviens organisiert sich auch der Kampf um die Konstruktion eines national-popularen Projekts. In diesem Rahmen bewegen sich die neuen Subjekte, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufeinandertreffen werden.

Die Organisation eines national-popularen Projekts im Kontext der Revolution von 1952 war aufgrund eines Elements möglich, das Zavaleta als „proletarische Zentralität“ (*centralidad proletaria*) bezeichnete. Der entscheidende Einfluss des vor allem aus dem Bergbau stammenden Proletariats in den subalternen Kämpfen des Landes, die ihre Wurzeln in der Revolution von 1952 haben, endete symbolisch im Jahr 1986, als zehntausend Bergarbeiter die Schließung der Minen mit dem Versuch der Einkesselung von La Paz verhindern wollten. Mit der Transformation des bis dahin auf den Bergbau ausgerichteten Akkumulationsregimes, das die Grundlage

für die proletarische Zentralität in den Kämpfen der subalternen AkteurInnen dargestellt hatte, haben sich jedoch auch die historischen Subjekte selbst verändert. Unsere darauf basierende Hypothese geht davon aus, dass wir im Augenblick vor einer Rekonfiguration der Idee des National-popularen stehen, wie die Aufstände und Erhebungen von 2000 bis 2005 nahe legen. Dieses neue historische Moment verweist auf die Konstituierung von subalternen Subjekten, die aus zwei unterschiedlichen Bereichen kommen: zum einen der ArbeiterInnenschaft vor allem aus dem Bergbausektor, mit ihrer traditionellen gewerkschaftlichen Organisation, zum anderen indigene Gruppen mit ihrem ländlichen und gemeinschaftlichen Organisationshintergrund, die sich in die urbanen Räume eingliedern, wie etwa die Aymara im Hochland (*altiplano*), die KokabäuerInnen und die Nachbarschaftsbewegungen aus El Alto, um nur einige wenige zu nennen.

Ist die proletarische Zentralität des 20. Jahrhunderts auf das Akkumulationsregime und auf die damit korrespondierende Form der sozialen Ordnung zurückzuführen, so erleben wir im heranbrechenden 21. Jahrhundert das Aufkommen der Zentralität eines vielseitigen und heterogenen Subjekts. Dieses basiert auf der besten Tradition der proletarischen Kämpfe und verbindet diese mit neuen Forderungen, die während des Neoliberalismus entstanden sind: von den Rechten der KokabäuerInnen über den Kampf um den Zugang zu Wasser und allgemein zu den Gütern der öffentlichen Grundversorgung in den neu entstandenen Städten bis zur Verteidigung der Erdöl- und Erdgasvorkommen.

Vor allem im Jahr 2005 treten die Konturen eines national-popularen Projekts wieder deutlich hervor. Aufbauend auf den Erfahrungen der Mobilisierungen und Auseinandersetzungen aus dem Jahr 2000 und 2003 werden im Mai und Juni 2005 konkrete Forderungen wie die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung erhoben. Diese sich allmählich herausbildenden Umriss eines national-popularen Projekts erleben ihren vorläufigen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen im Jahr 2005. In der Tat kommt es in dieser Phase zu dem Versuch, die beiden wesentlichen Merkmale des National-popularen zu verbinden: eine soziale Demokratisierung im Zuge der Mobilisierungen und die Transformation der Staatsform.

Gehen wir daher näher auf die Ereignisse dieser Periode ein, die durch die Proteste für die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen gekenn-

zeichnet war, in der der Nationalkongress umstellt, der Rücktritt von Carlos Mesa und schließlich die Einberufung von Eduardo Rodríguez Veltzé als Interimspräsident und damit die Ausrufung von Neuwahlen erzwungen wurde.

Die Mobilisierungen aus dem Jahr 2005 sind das Ergebnis der offenen Forderungen aus den Auseinandersetzungen von 2000 und 2003 und weisen als zentrale diskursive Achse die Kritik an den Privatisierungsmaßnahmen seit 1985 auf. Die Diskussion konzentriert sich vor allem auf die Wiederaneignung der natürlichen Ressourcen und erweckt damit den „Kampf um den Überschuss“ zu neuem Leben. Waren die Proteste 2003 noch hauptsächlich gegen den Verkauf der Gasvorkommen gerichtet, stand 2005 deren Verstaatlichung auf dem Forderungskatalog. Es ist beachtenswert, dass es im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Erdöl- und Erdgasvorkommen zu einer Erstarkung der subalternen Kräfte des Landes kam. Neben den Interessen der Unternehmen und der herrschenden Gruppen erhoben somit auch die subalternen AkteurInnen ihre Forderungen und ihren Anspruch auf die natürlichen Ressourcen des Landes. Dadurch wurde einer Reartikulation verschiedener oppositioneller Gruppen der Weg geebnet, denen es durch eine gemeinsame Koordination gelang, sich den regierenden Eliten entgegenzustellen.

Das Thema der Energieressourcen war ein zentraler Diskussionspunkt in der Regierung von Carlos Mesa. Für den 18. Juli 2004 berief der Präsident ein bindendes Referendum über die Modalitäten des Abbaus und der Verwendung der Erdöl- und Erdgasvorkommen ein. Doch schon am 30. Dezember 2004 drängte sich das Problem von neuem auf, als Mesa das Dekret 27959 verabschiedete. Damit legte er eine Erhöhung der Gas- und Ölpreise fest. Diese Maßnahme, die als „*dieselazo*“ bezeichnet wurde, löste großen Unmut in Regionen wie El Alto und Santa Cruz de la Sierra aus (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 279-283). So begann das Jahr 2005 mit Demonstrationen gegen die Erhöhung der Energiepreise, aber auch mit Protesten gegen die Privatisierung des Wassers in El Alto (vgl. ebd.: 275f). Zwar waren beide Ereignisse Auslöser der sozialen Proteste. Jedoch sollte das Thema der Erdöl- und Erdgasvorkommen zum zentralen Referenzpunkt der darauf folgenden Aufstände und auch der Auseinandersetzungen im Kongress werden.

Die allgemeinen Mobilisierungen bewogen den Präsidenten im März 2005 dazu, seinen Rücktritt mittels einer Ankündigung im staatlichen Fernsehkanal anzubieten. Durch die Proteste und Blockaden sah sich Mesa

außerstande, den Regierungsgeschäften nachzugehen. Er verwies besonders auf die Proteste und Straßensperren in El Alto gegen das Unternehmen Aguas de Illimani S.A. (AISA). Schwierigkeiten ergaben sich aber auch im Kongress, wo das neue Gesetz über die Erdöl- und Erdgasvorkommen besprochen wurde. Letzten Endes wurde der Rücktritt von Mesa jedoch nicht angenommen, weshalb der Präsident weiterhin in seinem Amt blieb. Damit begann die Periode von März bis Juni 2005, die Raquel Gutiérrez als „zweite Schlacht um die Erdöl- und Erdgasvorkommen“ bezeichnet (ebd.: 284-288). Gegenüber dem neuen Gesetz formierte sich eine breite Oppositionsbewegung, die im Mai 2005 auf die Straße ging und ihrem Unmut Ausdruck verlieh.

## 5. Märsche, Streiks und Blockaden im Mai 2005

„Märsche und Blockaden für die Verstaatlichung der Gasvorkommen“, stand auf der Titelseite der bolivianischen Zeitung *La Prensa* am Samstag, den 14. Mai 2005 zu lesen (La Prensa, 14.5.2005). Dieselbe Ausgabe berichtete über die Mobilisierungen der sozialen, indigenen, bäuerlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, die das neue Erdöl- und Erdgasgesetz ablehnten. Mehr noch, diese Aktionen wurden zusätzlich zum Auslöser für den Aufstand, der einige Wochen später den Rücktritt von Präsident Carlos Mesa zur Folge hatte. Die andauernden Mobilisierungen verhinderten auch die Regierungsübernahme sowohl des Senatspräsidenten Hormando Vaca Díez als auch des Parlamentspräsidenten Mario Cossío. Damit wurde schließlich Eduardo Rodríguez Veltzé zum Interimspräsidenten ernannt, der gemäß der Verfassung dazu verpflichtet war, Neuwahlen auszurufen.

Am 16. Mai fing alles an. Die Mobilisierungen begannen mit Märschen, die sich aus unterschiedlichen Richtungen auf La Paz zubewegten (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 289). Von Caracollo aus dem Departamento<sup>4</sup> Oruro marschierten jene Organisationen in Richtung Hauptstadt, die seit dem 9. Mai einen nationalen Einheitsblock unter anderem mit der COB, der Bauernvereinigung CSUTCB (Confederación de Campesinos), dem Rat der Ayullus CONAMAQ (Consejo de Ayllus), der Siedlervereinigung CSCB (Confederación de Colonizadores), der Landlosenbewegung (Movimiento Sin Tierra, MST-B) gegründet hatten. Ein weiterer Marsch bewegte

sich aus El Alto auf La Paz zu. Es war der erste, der die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen und die Schließung des Parlaments einforderte (Delgado Mancilla 2005: 8), getragen vom Dachverband der Nachbarschaftsvereinigungen (Federación de Juntas Vecinales, FEJUVE), dem Regionalen Arbeiterverband (Confederación Obrera Regional, COR) und den Studierenden der Öffentlichen Universität von El Alto (Universidad Pública de El Alto, UPEA). Auch die Lehrerschaft, die sich schon zuvor in einem Streik befunden hatte und eine Erhöhung der Gehälter sowie des nationalen Bildungsbudgets einforderte, nahm an den Mobilisierungen teil (El Diario, 14.5.2005; La Razón, 16.5.2005).

Den verschiedenen Protestbewegungen war zwar die Ablehnung des neuen Erdöl- und Erdgasgesetzes gemein, das am 5. Juni 2005 vom Kongress angenommen worden war und noch der Zustimmung des Präsidenten bedurfte, um endgültig in Kraft zu treten. Dennoch bestanden einige Differenzen zwischen den aufständischen Bewegungen und Organisationen. Während etwa die Kräfte im Umfeld der MAS lediglich eine Erhöhung der Lizenzgebühren für den Abbau der Erdöl- und Erdgasvorkommen auf 50 Prozent einforderten, verlangten die Organisationen aus El Alto die Verstaatlichung der Vorkommen, den Rücktritt von Präsident Carlos Mesa und die Schließung des Parlaments. Beide Fronten traten jedoch gemeinsam für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung ein (La Prensa, 16.5.2005). Die Forderungen nach der Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen fanden in der Regierung jedoch keinen Widerhall. Präsident Mesa ließ zwar die Frist für die Unterzeichnung des neuen Gesetzes verstreichen. Damit ging jedoch die Gesetzesvorlage wieder an den Senat zurück. Dessen Präsident Vaca Díez unterzeichnete am 17. Mai die Vorlage, die somit in Kraft trat. Auf diese Weise entzog sich Präsident Carlos Mesa der Verantwortung, eine klare Position sowohl gegenüber den aufständischen Gruppen als auch gegenüber den Unternehmen einzunehmen. Vor allem transnationale Erdölfirmer, die der im neuen Gesetz festgelegten Erhöhung der Lizenzgebühren und der Förderrechte ablehnend gegenüberstanden, kündigten an, dass sie Klagen vor internationalen Gerichten einreichen würden. Auch der Anführer der MAS, Evo Morales, trat für Abänderungen des Gesetzes ein, „um es gerechter zu gestalten“. In El Alto hingegen bezichtigte man die Politiker, den Kongress und den Präsidenten des Verrates und kündigte gemeinsam mit den indigenen Aymara

weitere Mobilisierungen, Straßensperren und Hungerstreiks an (Gomez, 17.5.2005).

Mehrere aufständische Gruppierungen, darunter etwa VertreterInnen der MAS, der Koka-BäuerInnen, der Genossenschaften, der Bergarbeiter, der Aymara-BäuerInnen und der Studierenden der UMSA und der UPEA, fanden sich auf dem Platz der Helden zu einer offenen Ratsversammlung ein. In den Ansprachen und Auseinandersetzungen wurden die unterschiedlichen Positionen der Organisationen und Bewegungen hinsichtlich der Forderungen einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen, dem Rücktritt von Carlos Mesa und der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung deutlich. Während etwa die MAS zu Beginn auf die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung beharrte und sich erst durch den Druck der übrigen TeilnehmerInnen der Forderung nach einer Verstaatlichung anschloss, verlangten die Organisationen aus El Alto den Rücktritt des Präsidenten. Dennoch konnte man sich am Ende auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen. Es wurde vereinbart, dem Kongress eine viertägige Frist für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und für eine Reform des Erdöl- und Erdgasgesetzes zu setzen. Falls dies nicht geschehe, würde man den Kongress einnehmen (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 290; La Prensa, 24.5.2005).

Die Forderung nach der Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen wurde somit zum Dreh- und Angelpunkt der fragmentierten aufständischen Kräfte. Der Moment, in dem sie zum zentralen Anliegen im Forderungskatalog der sozialen Proteste wurde, kann in Anlehnung an René Zavaleta als Neugründung des national-popularen Projekts festgemacht werden. Zu diesem Zeitpunkt lässt sich schließlich das Aufeinandertreffen der zwei Elemente festmachen, die für Zavaleta den Kern des National-popularen ausmachen: die Forderung nach einer Transformation der Staatsform und einer sozialen Demokratisierung, also dem Streben nach einer Selbstbestimmung seitens der Volksmassen. Die Verstaatlichung (*nacionalización*) wird mit anderen Worten weder als eine Handlung des Staates selbst aufgefasst, noch als Projekt, das auf eine Aufblähung des bürokratischen Staatsapparates abzielt. Im Gegenteil liegt ihr eine gemeinschaftliche Sichtweise der sozialen Mobilisierungen zugrunde, die auf den öffentlichen Charakter des Eigentums an den natürlichen Ressourcen des Landes verweist.

Nach der Ratsversammlung wurden die Mobilisierungen mit verstärkter Kraft fortgesetzt. Aufständische LehrerInnen, Bergarbeiter, StudentInnen und BäuerInnen gelangten bis in die Nähe des Parlaments und des Regierungspalastes. Mit der vorangetragenen *whipala*-Fahne<sup>5</sup> begannen die Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mehrere Tage hindurch andauerten. Zu diesem Zeitpunkt des Konflikts kam unter der Bevölkerung auch das Gerücht auf, dass ein Militärputsch geplant sei, was die angespannte Atmosphäre zusätzlich verstärkte. Auch das von den oligarchischen Gruppen aus dem Osten des Landes forcierte Thema einer Autonomie der Departamentos gewann an Bedeutung und spitzte sich parallel zu den Mobilisierungen der Aufständischen in La Paz zu. Mittels ihrer Anführer Abel Mamani und Edgar Patana bekräftigten die FEJUVE und die COR ihre Forderungen nach einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen, der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und einer Anklage gegen Ex-Präsident Sánchez de Lozada, während sie gleichzeitig einen Dialog mit der Regierung ablehnten.

Wie auch während der vorherigen Tage wurden am 29. Mai die Mobilisierungen in El Alto und La Paz ab den frühen Morgenstunden fortgesetzt. EinwohnerInnen aus El Alto, ArbeiterInnen, LehrerInnen, Studierende, Kaufleute, Bergarbeiter, BäuerInnen und Aymara aus dem Hochland (Gomez, 30.5.2005), fast 20.000 Angehörige der FEJUVE, des Bauernverbands Túpaj Katari (Federación de Campesinos Túpaj Katari), des Dachverbands der Betriebsräte (Confederación Nacional de Gremiales), des Verbands der Bergarbeiter (Federación de Mineros) und des Verbands Behinderter Menschen (Confederación de la Persona con Discapacidad) fanden sich zu den Demonstrationen und Blockaden ein. Diese hatten angesichts der angekündigten Sitzung des Nationalkongresses am 31. Mai zum Ziel, das Parlamentsgebäude zu umstellen, um damit die Sitzung zu verhindern (vgl. La Prensa, 30.5.2005). Wie erwartet wurde die Tagung des Nationalkongresses auch ausgesetzt. Die Mehrheit der Abgeordneten, unter ihnen der Präsident des Senats, Hormando Vaca Díez, erschienen nicht zur Sitzung und verwiesen auf die fehlenden Rahmenbedingungen. Einzig die Abgeordneten der MAS verlangten die Durchführung der Versammlung, was jedoch nicht geschah. In der Nacht vertrieb die Polizei mit Tränengas jene Menschen, die sich noch auf dem Platz der Helden befanden (vgl. Chávez 2006: 45).

## 6. Die Mobilisierungen im Juni und der Rücktritt von Carlos Mesa

Anfang Juni nahmen die Aymara, ländliche und städtische LehrerInnen, Angehörige der Nachbarschaftskomitees aus El Alto und andere DemonstrantInnen erneut die Straßen von La Paz ein. Während die Demonstrationen ausgehend von zentralen Orten der politischen Macht, wie etwa den Wohngebieten der Mittelklasse, durch die Stadt zogen, verkündete das Erste Regiment der Nationalpolizei erstaunlicherweise, dass es nicht gegen die Kundgebungen vorgehen würde (vgl. Gutiérrez Aguilar 2008: 292). Trotz dieser Zurückhaltung kam es durch einen anderen Aggressor zu gewalttätigen Auseinandersetzungen: Die Demonstration der Landlosenbewegung und der MAS, die entlang der Landstraße La Guardia in Richtung Santa Cruz de la Sierra verlief, wurde von der Jugendunion aus Santa Cruz (Unión Juvenil Cruceña, UJC) angegriffen (vgl. El Diario, 2.6.2005).

Aufgrund der andauernden Mobilisierungen wurde die Sitzung des Nationalkongresses auch am 1. Juni ausgesetzt, obwohl im so genannten „Nationalen Abkommen für Bolivien“ (*Acuerdo Nacional por Bolivia*) gleichzeitig von den politischen Parteien vereinbart wurde, sowohl eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen als auch das Referendum über die Autonomie der Departamentos durchzuführen (vgl. Gomez, 1.6.2005). Am 2. Juni waren schließlich mehr als 60 Prozent aller Straßen Boliviens blockiert. Am darauf folgenden Tag berief Präsident Carlos Mesa mittels des Dekrets 28195 die verfassunggebende Versammlung ein und legte den 16. Oktober als Datum für das Referendum über die Autonomie fest (Gutiérrez Aguilar 2008: 292). Der Vorschlag des Präsidenten fand jedoch keine Unterstützung seitens der Aufständischen. Die rechtsgerichteten Gruppen des Bürgerkomitees aus Santa Cruz wandten dagegen ein, dass die Maßnahme gegen die Verfassung verstoße, und beriefen ihrerseits ein Referendum für den 12. August ein. Aber auch die von der MAS angeführten Organisationen erkannten das Vorhaben des Präsidenten nicht an. Als eine breite Ablehnung dagegen deutlich wurde, marschierten sie in den angrenzenden Straßen des Platzes der Helden und verlangten von Mesa, sein Mandat zu verkürzen und Neuwahlen auszurufen.

Da der Vorschlag des Präsidenten vorsah, die Frage des Erdöls und Erdgases erst im Rahmen der verfassunggebenden Versammlung zu disku-

tieren, wurden in El Alto zusammen mit den Rücktrittsforderungen an Mesa auch Vorkehrungen getroffen, um das Treibstoff-Aufbewahrungslager Senkata zu umstellen. Die Blockade verursachte nicht nur einen Treibstoffmangel, sondern auch einen Anstieg der Lebensmittelpreise und wurde von den Printmedien mit großer Besorgnis kommentiert (vgl. La Razón, 5.6.2005). Angesichts möglicher Einfälle aufständischer Gruppen aus El Alto begannen sich die EinwohnerInnen im Süden von La Paz in Verteidigungskomitees zu organisieren (vgl. La Razón, 6.6.2005). Die verheerenden Auswirkungen der Belagerung der Hauptstadt wurden zusehends deutlicher. Im Verlauf des 5. und 6. Juni spitzte sich die Krise immer mehr zu. Sowohl in El Alto als auch in La Paz wurden die Lebensmittel knapp. Fleisch, Brot und andere Grundnahrungsmittel verteuerten sich oder waren nicht erhältlich. Auch die Gas- und Benzinvorräte gingen zur Neige, und es kam immer wieder zu Unterbrechungen der Wasser- und Stromversorgung. Der öffentliche Transport brach vollständig zusammen. Nicht nur Geschäfte, sondern auch Schulen und Arbeitszentren blieben geschlossen. Während die Stadt völlig zusammenbrach, setzten die aufständischen Gruppen ihre Proteste fort (vgl. La Prensa, 7.6.2005).

Die Auseinandersetzungen wurden in der Umgebung der Plaza Murillo, auf dem sich der Präsidentenpalast und das Parlamentsgebäude befinden, weitergeführt. Etwa eine halbe Million Menschen waren an den Aufständen beteiligt. Aus dem Norden und dem Süden kommend versammelten sich die Märsche auf dem Platz der Helden, auf dem eine Ratsversammlung großen Ausmaßes abgehalten wurde. Die dabei getroffenen Beschlüsse umfassten: (1) die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen mit der Drohung, die Förderstätten und Bohrlöcher einzunehmen, und (2) den Rücktritt von Carlos Mesa und die Schließung des Kongresses. Der Rücktritt von Mesa war ebenso Thema der öffentlichen Debatten. Man sah bereits voraus, dass auch Senatspräsident Hormando Vaca Díez und der Präsident des Abgeordnetenhauses Mario Cossío, die der Verfassung gemäß als mögliche Nachfolger von Mesa in Frage kamen, das Präsidentenamt nicht antreten würden können (vgl. Gomez, 6.6.2005).

Schließlich gab Carlos Mesa am 6. Juni 2005 seinen Rücktritt als Präsident Boliviens bekannt und überließ dem Parlament die Neubesetzung des Amtes (vgl. Mesa 2008: 300). Damit wurden jedoch weder die Forderungen einer Verstaatlichung des Erdöls und Erdgases noch die Einberufung einer

verfassunggebenden Versammlung einer Lösung zugeführt (vgl. Friedsky, 6.6.2005). Somit blieb ein politischer Prozess ungelöst, in dem nun Senatspräsident Vaca Díez eine zentrale Rolle zufiel. Während die Demonstrationen unbeirrt fortgeführt wurden, verlagerte Vaca Díez für den 8. Juni die Sitzung des Kongresses nach Sucre. Sofort begaben sich jedoch auch die Kontingente der Bergarbeiter dorthin. Somit befand sich nicht nur La Paz in den Händen der Aufständischen, sondern auch Sucre wurde eingekesselt.

Am Morgen des 9. Juni wurden Gerüchte laut, dass Vaca Díez mithilfe der Unterstützung von Ex-Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada die Nachfolge von Mesa antreten wolle (vgl. Juguete Rabioso, Juni 2005). Aufgrund des Drucks der in Sucre eintreffenden Bergarbeiter verkündete Vaca Díez jedoch, auf das Amt des Präsidenten zu verzichten, das ihm der Verfassung nach zugestanden wäre. Auch Mario Cossío erklärte, die Nachfolge von Mesa nicht anzutreten. Damit blieb als Kandidat nur noch der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Eduardo Rodríguez Veltzé. Als Interimspräsident war er dazu gezwungen, innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen auszurufen. Diese fanden schließlich am 18. Dezember 2005 statt und führten zum historischen Sieg der MAS, mit Evo Morales an der Spitze.

## **7. Abschließende Betrachtungen**

Die in der zweiten Maihälfte des Jahres 2005 begonnenen Mobilisierungen gegen das Erdöl- und Erdgasgesetz mündeten in einen Aufstand mit indigenen, urbanen und popularen Zügen. Dies war der Augenblick, in dem die alte Ordnung auf den Kopf gestellt wurde. Die subalternen Klassen nahmen La Paz ein, blockierten die Zugänge der Stadt Sucre und übten Druck auf verschiedene Regierungsinstanzen aus, um den Rücktritt von Carlos Mesa herbeizuführen und auch seine möglichen Nachfolger an der Amtsübernahme zu hindern.

All das zeigt die Entfaltung des National-popularen, dem ausgehend von ländlichen und urbanen Erfahrungshorizonten der subalternen AkteurInnen eine neue Bedeutung zugeschrieben wurde. Nicht mehr die proletarische Zentralität, sondern ein multiples Subjekt bestehend aus Bergarbeitern, Indigenen, BäuerInnen, EinwohnerInnen aus El Alto, GenossenschaftlerInnen, Studierenden, Arbeitslosen und Straßenverkäu-

ferInnen des informellen Sektors leitete nun die Aufstände in La Paz im Mai und Juni 2005. Aus der Sicht Zavaletas stellen die Mobilisierungen der Volksmassen, die auf der Suche nach größerer Selbstbestimmung in die Terrains der politischen Macht eindringen, einen wirklich national-popularen Moment dar. Im Rahmen der Märsche und Demonstrationen wurde nicht nur der Ruf nach einer Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasvorkommen laut, sondern auch nach der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und dem Rücktritt von Carlos Mesa. Darin liegt die Verbindung zwischen einer sozialen Demokratisierung und der Transformation der Staatsform, die auf ein neues Verhältnis zwischen der zivilen und der politischen Gesellschaft hinweist. Gleichzeitig handelt es sich um einen Prozess von langer Dauer. Das Thema der Verstaatlichung beschränkte sich nicht nur auf die Auseinandersetzungen aus dem Jahr 2005, sondern verweist auch auf ein historisches Ereignis, nämlich auf die Verstaatlichung der Minen als Ergebnis der Revolution von 1952. Gleichermaßen wurde die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung bereits seit 1990 im Rahmen des Marsches für Land und Würde (*Marcha por el Territorio y la Dignidad*) der indigenen Völker aus dem Tiefland erhoben, und ab dem Jahr 2000 wieder aufgegriffen (vgl. Mokrani/Chávez 2007). Schließlich weisen auch die Forderungen nach dem Rücktritt von Carlos Mesa sowie der Schließung des Kongresses einen zutiefst demokratischen Hintergrund auf: Sie sind die Antwort auf einen effektiven Bruch zwischen ziviler und politischer Gesellschaft, wobei Letztere sich durch eine absolute Ignoranz gegenüber den Forderungen der Volksmassen auszeichnete. Damit wurde der Weg geebnet für eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen diesen beiden politischen Handlungsräumen.

Die Aufstände im Mai und Juni 2005 fügen sich damit in den Protestzyklus ein, der im Jahr 2000 mit dem „Wasserkrieg“ begann. Sie sind aber auch auf historische Ursachen zurückzuführen, die in der Vorstellungswelt und den konkreten Strategien der subalternen AkteurInnen neu zum Ausdruck kamen. Damit spielen wir auf das an, was Luis Tapia als „Struktur der Auflehnung“ (*estructura de rebelión*) bezeichnet: gemeinschaftliche und gewerkschaftliche Organisationsformen, eine gemeinsame Geschichte in Form von mehr oder weniger geteilten Erfahrungen und Empfindungen; die Erinnerung, die sich auf Elemente der Autonomie und der Freiheit gründet; die Beziehung zwischen der Erinnerung und einem politischen

Projekt, und auch zwischen dem Sinn des Gelebten und dem, was als möglich und wünschenswert erachtet wird (Gerechtigkeit, Würde, Rechte, Souveränität, Nation); die geschichtliche Erfahrung, die auf die Rebellionen von Túpaj Katari und Túpaj Amaru (1780–1781), die Revolution von 1952, den Widerstand gegen den Militärputsch von Natush Busch im November 1979 und die Aufstände aus den Jahren 2000 und 2003 verweist. All dies steht im Zusammenhang mit sozialen und politischen Gräben oder dem, was wir als Struktur des Konflikts bezeichnen können, also den Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, der Ungleichheit und Mechanismen des Ausschlusses, alles Aspekte, die eine koloniale Dimension aufweisen (vgl. Tapia 2008: 69-84).

In den Aufständen des Jahres 2005 zeigte sich eine effektive soziale und politische Organisation der subalternen Kräfte, die nicht nur in den gemeinsam koordinierten Aktionen zum Ausdruck kam, sondern auch in der territorialen Aneignung der städtischen Gebiete und der Solidarität zwischen den urbanen und ländlichen Organisationen. Trotzdem waren die Kämpfe nicht frei von internen Konflikten, insbesondere zwischen der MAS und den sie unterstützenden Organisationen einerseits, und der FEJUVE aus El Alto und den Gemeinden der Provinz Omasuyos andererseits. Aufgrund ihrer Erfahrung in der Schaffung autonomer Räume und der indigenen und popularen Organisation hatte letztere Gruppe ihren Höhepunkt in den Mobilisierungen im Mai und Juni 2005 (vgl. Chávez 2006: 11-60). Es gelang ihr jedoch nicht, ein politisches Projekt außerhalb des im engeren Sinne staatlichen Rahmens zu konsolidieren. Der Ausgang des Konfliktes mit der Interimspräsidentschaft von Rodríguez Veltzé und der Ausrufung von Neuwahlen begünstigte daher die Position der MAS. Sie war die einzige oppositionelle Organisation, die eine landesweite Struktur, ausreichend Wahlerfahrung und außerdem einen bekannten politischen Anführer hatte: Evo Morales, dem am 18. Dezember 2005 ein überzeugender Sieg bei der Präsidentschaftswahl gelang. Es handelt sich somit um einen Prozess, in dem die „Elemente eines nationalen Programms jene mit Indio- oder indigenem Charakter überlagern“ (Tapia 2008: 84).

Auch wenn die Präsidentschaft von Evo Morales nicht mehr Thema dieser Arbeit ist, scheint es uns dennoch angemessen, kurz auf die Beziehung zwischen der neuen Regierung und den sozialen Bewegungen einzugehen. Der Wahlsieg von Evo Morales stellt einen Moment dar, in dem

die Mobilisierungen der sozialen Bewegungen, die seit den Auseinandersetzungen im Jahr 2000 eine zentrale Rolle gespielt hatten, abklingen (vgl. Chávez 2005: 11f). Mit der Regierungsübernahme durch Morales hat ein neuer politischer Diskurs Einzug gehalten: Darin wird betont, dass es die sozialen Bewegungen selbst sind, die an die Macht gelangten. Implizit wird auf diese Weise auch eine Beendigung der Aufstände und Proteste suggeriert. Damit entsteht ein neuer politischer Kontext: Die Organisationen und sozialen Bewegungen charakterisieren sich häufig durch eine persönliche und politische Nähe zur Regierung und sind nicht selten Teil derselben. Die Gruppen des linken politischen Spektrums, die der neuen Regierung offen ablehnend gegenüber stehen, befinden sich deutlich in der Minderheit. Ab dem Jahr 2006 hat damit eine Eingliederung der sozialen Bewegungen und ihrer Anliegen in die politische Gesellschaft begonnen, die jedoch eine gewisse Unterordnung Ersterer nicht beseitigt oder überwindet. Beispiel dafür ist die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung, in deren Verlauf weder die sozialen Bewegungen noch ihre Forderungen vollständig repräsentiert wurden (vgl. Mokrani/Chávez 2007). Auch die Verstaatlichungsmaßnahmen der Erdöl- und Erdgasvorkommen seitens der neuen Regierung entsprechen nur teilweise dem Anliegen einer radikalen Verstaatlichung, das die sozialen Bewegungen eingefordert hatten (Mokrani/Gutiérrez 2006).

Dennoch muss betont werden, dass sich auf nationaler Ebene die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend verändert haben. Wie Gramsci darlegte, sind die subalternen Klassen durchaus in der Lage, den Zustand ihrer Zersplitterung zu überwinden. Diese Vereinigung der subalternen Gruppen konnte im Fall Boliviens während des hier untersuchten Zyklus der Revolten und Aufstände gut nachvollzogen werden. Dennoch bestehen angesichts der ständigen Bedrohungen durch die oligarchische Rechte noch große Herausforderungen, vor allem hinsichtlich des hegemonialen Prozesses, den Gramsci als Staatswerdung der subalternen Gruppen bezeichnete. Nur eine weitere Vereinigung der sozialen Organisationen und Bewegungen zu einem alternativen Staatsprojekt bietet die Möglichkeit einer radikalen Fortschreibung und Vertiefung der von Zavaleta proklamierten Idee des Nationalpopularen: Ein kollektiver Willensbildungsprozess der subalternen Akteu(r)Innen, der sich auf unterschiedliche und durchaus widersprüchliche Weise eine Veränderung der Herrschaftsverhältnisse zum Ziel setzt.

Das Wiederaufleben eines national-popularen Projekts und die Staatswerdung der subalternen Gruppen sind eng mit den Anstrengungen der Regierung Morales verbunden, den nationalen Charakter des bolivianischen Staates zu verstärken. Luis Tapia zufolge schlägt sich dies in dem Versuch nieder, eine relative Autonomie des Staates gegenüber den dominanten gesellschaftlichen Gruppen und Klassen zu gewährleisten: „Die relative Autonomie impliziert eine Distanzierung derjenigen Gruppen, die den Staat lenken, gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse. Im Kontext der peripheren Länder, die auf untergeordnete Weise in das Weltsystem eingebunden sind, bedeutet dies auch eine Distanz gegenüber der herrschenden transnationalen Klasse und den transnationalen kapitalistischen Interessen sowie gegenüber der Souveränität anderer Staaten, die sich zutiefst in die Angelegenheiten des Landes eingemischt haben“ (Tapia 2009a: 125).

Dies ist jedoch kein einfaches Unterfangen. Es hängt auch nicht allein vom politischen Willen der neuen Regierung ab, eine solche relative Autonomie zu bewerkstelligen, die im Fall Boliviens die Konstruktion eines tatsächlich „nationalen“ Staates implizieren würde. Seitens der „organischen Intellektuellen“ der aktuellen politischen Führung – also jenen Intellektuellen, die die Interessen der Regierung und der sie unterstützenden Gruppen zum Ausdruck bringen – werden diesbezüglich zwei in der Folge schematisch dargestellte zentrale Faktoren angeführt: (a) der Versuch, eine größere Kontrolle über den wirtschaftlichen Überschuss des Landes zu erlangen; damit würde Bolivien eine vorteilhaftere und weniger untergeordnete Eingliederung in den Weltmarkt ermöglicht. Luis Tapia stellt dazu fest: „Der Verstaatlichungsprozess ist der Hauptbestandteil des Landes in der Hervorbringung dieser relativen Autonomie im Verhältnis zu den transnationalen Interessen“ (Tapia 2009a: 125); (b) die Möglichkeit, mit der Oligarchie zu verhandeln, ohne dadurch die Unterstützung der indigenen Basisgemeinden zu verlieren, die sich der Existenz und Notwendigkeit eines sozialen Transformationsprozesses bewusst sind. Gerade in diesem Punkt können jedoch ernsthafte Probleme auftreten, da die früheren Herrschaftsmechanismen zumindest in den folgenden drei Niveaus weiterbestehen: „das erste davon ist gekennzeichnet durch den Fortbestand der kolonialen Herrschaftsbeziehungen; das zweite Niveau entspricht einer Konfliktlinie entlang der Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Klassen und das dritte Niveau steht im Zusammenhang mit der Konfliktlinie zwischen Regierenden und

Regierten, in der das Parteiensystem und auch interregionale Konflikte von Bedeutung sind“ (Mokrani 2009: 195). Das Andauern dieser Herrschaftsformen erschwert Verhandlungen zwischen den traditionellen Gruppen der Oligarchie und den subalternen Gruppen. In dieser Hinsicht erweisen sich die Aufgaben und Bestrebungen der Regierung Morales als äußerst komplex: Es geht nicht nur darum, ein emanzipatorisches politisches Projekt inmitten tiefer regionaler und ethnischer Spaltungen voranzutreiben, sondern es auch als eine soziale Alternative zum Neoliberalismus zu verteidigen. Dies impliziert unausweichlich, „die bis heute vorherrschenden kolonialen und zivilisatorischen Herrschaftsstrukturen zu demontieren“ (García Linera 2007a: 88); ein umso schwierigeres Unterfangen, wenn man die relativ schwache Organisation der Partei berücksichtigt, die aus den sozialen Bewegungen ihre Kraft schöpft, diese jedoch nur unzulänglich repräsentiert (vgl. Tapia 2009b: 306). Dieses Zusammenspiel der Faktoren kann in einem Moment der Zuspitzung der ungelösten Antagonismen ausschlaggebend sein für die Aufrechterhaltung dessen, was sich trotz allem als Versuch eines alternativen Gesellschaftsmodells darstellt.

Es lässt sich also eine enge und notwendige Beziehung zwischen der Konstruktion eines „nationalen“ Staates – durch den Aufbau einer relativen Autonomie desselben zu den herrschenden Klassen – und der Erweiterung und Vertiefung des national-popularen Projekts beobachten, das während der Auseinandersetzungen in den Jahren 2000 bis 2005 eine neue Bedeutung erhielt. Schließlich waren es diese Mobilisierungen, die einen ernsthaften Versuch der Schaffung eines „nationalen“ Staates tatsächlich ermöglichten. Die Schaffung eines neuen Gleichgewichts zwischen ziviler und politischer Gesellschaft ist jedoch ein noch andauernder Prozess. Entweder gelingt den subalternen Gruppen ihre Vereinigung und damit die Staatswerdung, eine Entwicklung, in der die progressiven Kräfte der Zivilgesellschaft tonangebend wären und es endgültig möglich wäre, die oligarchischen Machtstrukturen zu überwinden. Oder aber es gelingt den oligarchischen Gruppen mittels eines Paktes und Verhandlungen, ihre Klasseninteressen zu verteidigen und damit die Vormachtstellung der politischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Im Fall Boliviens würde dies zusätzlich den Fortbestand der Charakteristika einer kolonialen Unterwerfung bedeuten. Das erste Szenario impliziert die Konkretisierung des national-popularen Projekts, das zweite die Herausbildung eines semi-oligarchischen Staates, dem es gelingt,

die Elemente eines kollektiven Willensbildungsprozesses zu zerstreuen und zu pulverisieren. Vizepräsident Álvaro García Linera hat dieses Problem bereits deutlich angesprochen: „Ursprünglich gingen wir davon aus, dass die Konstruktion des Staates über Mechanismen des Dialogs und der Vereinbarungen möglich sei; und tatsächlich setzen wir immer noch darauf, im Sinne einer Weggabelung demokratischen Charakters, an die wir uns schrittweise annähern. Die Logiken der Vernunft und der Geschichte legen uns jedoch immer mehr nahe, dass wir auf einen Spannungsmoment zwischen den Kräften zusteuern müssen, genau an der Stelle dieser Weggabelung, um dann zu sehen, was passiert. Ich glaube, dass dieser Punkt im Falle Boliviens näher bevorsteht, als es den Anschein hat. In jedem Fall jedoch werden diese Stelle der Weggabelung und ihre Charakteristika die Form und die Eigenschaft des neuen bolivianischen Staates in Richtung Zukunft definieren“ (García Linera 2009: 525). An diesem Punkt, an dem sich der Triumph oder die Neutralisierung des National-popularen entscheidet, wird auch das zukünftige Schicksal Boliviens im 21. Jahrhundert festgelegt.

*Aus dem Spanischen von Dana de la Fontaine,  
Melanie Hernandez Sanchez und Stefan Pimmer*

- <sup>1</sup> Was im Deutschen als „Verstaatlichung“ bezeichnet wird, müsste wörtlich übersetzt eigentlich „Nationalisierung“ lauten. Gerade im bolivianischen und generell im lateinamerikanischen Kontext liegt damit der Schwerpunkt nicht so sehr auf der Aneignung durch den Staat, der historisch betrachtet nur eine gesellschaftliche Minderheit repräsentiert, sondern auf der „Nation“, und damit auch dem „Volk“: Begriffe, die häufig im Kontext subalternen Kämpfe verwendet werden (Anm. St.P.).
- <sup>2</sup> Sociedad abigarrada würde in der wörtlichen Übersetzung „bunte“ oder „buntscheckige“ Gesellschaft bedeuten. Dies geht jedoch am zentralen Punkt des Konzeptes vorbei, der auf die Desartikulation und Zergliederung der unterschiedlichen räumlichen, historischen, ethnischen etc. Teile und Schichten verweist, die zusammen die bolivianische und andere lateinamerikanische Gesellschaften konstituieren. In Anbetracht dessen haben wir uns daher entschieden, den Begriff mit „zergliederter“ Gesellschaft zu übersetzen (Anm. St.P.).
- <sup>3</sup> Mit dem Begriff der „proletarischen Zentralität“ verweist Zavaleta auf die entscheidende Stellung und Bedeutung des vor allem aus dem Bergbau stammenden Proletariats innerhalb der subalternen Kämpfe Boliviens im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert (Anm. St.P.).
- <sup>4</sup> Als departamentos werden die neun Bundesstaaten Boliviens bezeichnet, denen jeweils ein Präfekt (prefecto) vorsteht (Anm. St.P.).

<sup>5</sup> Die whipala ist eine karierte siebenfarbige Fahne (weiß, gelb, orange, rot, lila, blau und grün), die die Identität der indigenen Aymara aus dem Hochland repräsentiert.

## Literatur

- Antezana, Luis (1993): Formación abigarrada y democracia como autodeterminación. In: Miranda Pacheco, Mario (Hg.): Bolivia en la hora de su modernización. México, D.F.: UNAM, 257-283.
- Arriarán, Samuel (2007): La derrota del neoliberalismo en Bolivia. México, D.F.: Torres y Asociados.
- Ávila, José Luis (2006): América Latina: el desafío de la desigualdad y la pobreza. In: de los Ríos Méndez, Norma/Sánchez Ramos, Irene (Hg.): América Latina hoy: historia, realidades y desafíos. México, D.F.: UNAM, 325-357.
- Chávez, Marxa (2005): „Nacionalización“ e insurrección popular: Los horizontes de la rebelión. La lucha por el Agua y las Jornadas por la Nacionalización de los Hidrocarburos en 2005 en El Alto. Unveröff. Manuskript.
- Chávez, Marxa (2006): Sobre los movimientos sociales en Bolivia: Autonomía/ Autoorganización y su relación con el Estado. In: Chávez, Marxa/Choque, Lucila/Olivera, Oscar/Mamani, Pablo/Chávez, Patricia/Prada, Raúl/Mokrani, Dunia/Gutiérrez, Raquel/Bautista, Rafael/Vega, Oscar/Viaña, Jorge/Tapia, Luis (Hg.): Sujetos y formas de la transformación política en Bolivia. La Paz: Editorial Tercera Piel, 11-60.
- Concheiro Bórquez, Elvira (2006): René Zavaleta: una mirada comprometida. In: Aguiluz, Maya/de los Ríos Méndez, Norma (Hg.): René Zavaleta Mercado: ensayos, testimonios y re-visiones. Buenos Aires: UNAM/FLACSO/CIDES/ PPELA, 179-188.
- Delgado Mancilla, Abraham (2005): Rebelión de Mayo y Junio. Cronología. La Paz: Folleto.
- Escárzaga, Fabiola (2007): Los cocaleros bolivianos y peruanos, construcción de sujetos y ausencia estatal. In: Nava, Telésforo/Fuentes, Jorge (Hg.): Crisis del Estado y luchas sociales. México, D.F.: Universidad Autónoma de México, Unidad Iztapalapa, 241-288.
- Gandarilla, José (2006): América Latina en la conformación de la economía-mundo capitalista. México, D.F.: UNAM.
- García Linera, Álvaro (2007a): Estado plurinacional. In: Vega Camacho, Oscar/García Linera, Alvaro/Tapia, Luis/Prada, Raúl (Hg.): La transformación pluralista del Estado. La Paz: Comuna, 20-88.
- García Linera, Álvaro (2007b): La muerte de la condición obrera del siglo XX. La marcha minera por la vida. In: García Linera, Alvaro/Gutiérrez, Raquel/Prada, Raúl/Tapia, Luis (Hg.): El retorno de la Bolivia plebeya. La Paz: Comuna, 25-59.

- García Linera, Álvaro (2008): Bolivia: empate catastrófico y punto de bifurcación. In: Memoria 230. <http://www.memoria.com.mx/index.php?contenido=articulo&link=revistas/230/AMERICA%20LATINA%20Garcia%20Linera.html>, 13.1.2010.
- García Linera, Álvaro (2009): La potencia plebeya. Buenos Aires: CLACSO/Siglo del Hombre Editores.
- González Pazos, Jesús (2007): Bolivia: la construcción de un país indígena. Barcelona: Icaria.
- Gutiérrez Aguilar, Raquel (2008): Los ritmos del Pachakuti. La Paz: Ediciones Yachaywasi/Textos rebeldes.
- Kruze, Tom (2001): Transición política y recomposición sindical. Reflexiones desde Bolivia. In: de la Garza Toledo, Enrique (Hg.): Los sindicatos frente a los procesos de transición política. Buenos Aires: UAM/CLACSO/ILAS, 153-191.
- Mesa, Carlos (2008): Presidencia sitiada. Memoria de mi gobierno. La Paz: Fundación comunidad/Plural.
- Miranda Pacheco, Mario (2006): Memoria en los caminos a Bayamo. In: Aguiluz, Maya/de los Ríos Méndez, Norma (Hg.): René Zavaleta Mercado: ensayos, testimonios y re-visiones. Buenos Aires: UNAM/FLACSO/CIDES/PPELA, 65-75.
- Mokrani, Dunia (2009): Reflexiones sobre la democracia y el significado de un gobierno de los movimientos sociales en Bolivia. In: Favela Gavia, Margarita/Guillén, Diana (Hg.): América Latina: los derechos y las prácticas ciudadanas a la luz de los movimientos populares. Buenos Aires: CLACSO, 191-213.
- Mokrani, Dunia /Chávez, Patricia (2007): Los movimientos sociales en la Asamblea Constituyente. Hacia la reconfiguración de la política. In: Svampa, Maristella/Stefanoni, Pablo (Hg.): Bolivia. Memoria, insurgencia y movimientos sociales. Buenos Aires: Editorial El Colectivo/CLACSO/OSAL, 55-66.
- Mokrani, Dunia/Gutiérrez, Raquel (2006): Sobre las tensiones actuales en Bolivia: el gobierno de Morales, la nacionalización de los hidrocarburos y la recuperación de la soberanía social. In: Chávez, Marxa/Choque, Lucila/Olivera, Oscar/Mamani, Pablo/Chávez, Patricia/Prada, Raúl/Mokrani, Dunia/Gutiérrez, Raquel/Bautista, Rafael/Vega, Oscar/Viaña, Jorge/Tapia, Luis (Hg.): Sujetos y formas de la transformación política en Bolivia. La Paz: Editorial Tercera Piel, 139-160.
- Muñoz Mata, Laura (1995): Los trabajadores mineros en la historia del movimiento obrero boliviano. In: Panoramas de Nuestra América: movimiento obrero en América Latina II, 9-62.
- Quijano, Aníbal (2005): Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina. In: Lander, Edgardo (Hg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Buenos Aires: CLACSO, 201-246.
- Tapia, Luis (2002): La producción del conocimiento local. La Paz: Muela del Diablo.
- Tapia, Luis (2008): Política salvaje. La Paz: CLACSO/Muela del Diablo/Comuna.
- Tapia, Luis (2009a): La coyuntura de la autonomía relativa del estado. La Paz: CLACSO/Muela del Diablo/Comuna.

- Tapia, Luis (2009b): Bolivia: la izquierda y los movimientos sociales. In: Chávez, Daniel/Rodríguez, César/Barrett, Patrick (Hg.): La nueva izquierda en América Latina. Madrid: Catarata, 295-310.
- Toranzo Roca, Carlos/Arrieta Abdalla, Mario (1989): Nueva Derecha y desproletarización en Bolivia. La Paz: UNITAS.
- Zavaleta Mercado, René (1977): Consideraciones generales sobre la historia de Bolivia (1932-1971). In: González Casanova, Pablo (Hg.): América Latina: historia de medio siglo. México, D.F.: Siglo XXI, 74-128.
- Zavaleta Mercado, René (1988): Clases sociales y conocimiento. La Paz: Los Amigos del Libro.
- Zavaleta Mercado, René (2008): Lo nacional-popular en Bolivia. La Paz: Plural editores.

### **Tageszeitungen und Online-Periodika**

- El Diario, La Paz, <http://www.eldiario.net/>
- Friedsky, Jean (2005): Reporter's Notebook: Jean Friedsky. <http://narcosphere.narconews.com/notebook/jean-friedsky>, 23.II.2009.
- Gomez, Luis (2005): Reporter's Notebook: Luis Gomez. <http://narcosphere.narconews.com/notebook/luis-gomez>, 23.II.2009.
- Juguete Rabioso, <http://juguetebolivia.free.fr>, 25.3.2010.
- La Prensa, La Paz, <http://www.laprensa.com.bo>, 25.3.2010.
- La Razón, La Paz, <http://www.la-razon.com>, 25.3.2010.

### **Abstracts**

Der Wahlsieg von Evo Morales im Dezember 2005 ist eines der wichtigsten Ereignisse in Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Beitrag untersucht die Gründe der Regierungsübernahme durch die Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) und ihren indigenen Anführer. Den AutorInnen zufolge sind diese vor allem in den Mobilisierungen seit dem Jahr 2000 zu suchen. Die Analyse konzentriert sich hauptsächlich auf die Aufstände im Mai und Juni 2005. Diese setzten nicht nur die Forderungen einer Verstaatlichung der nationalen Öl- und Gasvorkommen und die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung auf die Tagesordnung, sondern hatten auch den Rücktritt von Präsident Carlos Mesa zur Folge. Die Untersuchung dieser Ereignisse stützt sich auf

die theoretischen Beiträge des bolivianischen Intellektuellen und Politikers René Zavaleta Mercado. Nach einer kurzen Einführung zu dessen Leben und Werk nimmt sich der Beitrag zum Ziel, sein von Gramsci inspiriertes Verständnis des National-popularen für die Analyse der jüngsten Vergangenheit des Landes fruchtbar zu machen.

The victory of Evo Morales in the Bolivian presidential elections in December 2005 is one of the most significant events in the political landscape of Latin America at the beginning of the 21st century. This article examines the reasons behind this coming to power of the MAS and of its indigenous union leader. According to the authors, these have to be sought in the social upheavals which have occurred since 2000. The analysis concentrates particularly on the mobilizations between May and June 2005. It was then that the demands of nationalizing the oil and gas resources and convoking a constituent assembly were put on the agenda, forcing president Carlos Mesa out of office. The analysis of these events is based on the theoretical framework of Bolivian intellectual and politician René Zavaleta Mercado. After a short introduction to his life and work, his concept of the national-popular, inspired by Antonio Gramsci, is applied to the recent history of the Andean country.

Tatiana Pérez Ramírez

Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der  
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)  
tatiana\_prz@yahoo.com.mx

Jaime Ortega Reyna

Masterprogramm für Lateinamerikastudien an der  
Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)  
jaime\_ortega83@hotmail.com